

III. Fragen zum Mitmachhaushalt

Einsparvorschläge

Halten Sie es für möglich, die Kosten des Landes für die Beihilfe (Erstattung der Gesundheitskosten) der aktiv Beschäftigten und der pensionierten Beamtinnen und Beamten und deren Mitversicherte durch eine Änderung der Gebührenordnungen der privaten Krankenversicherungen deutlich zu reduzieren?

Zum Weiterlesen

BeamtInnen, RichterInnen und VersorgungsempfängerInnen sind in aller Regel Mitglied einer privaten Krankenversicherung. Ihre Aufwendungen für Gesundheitsleistungen bekommen sie zu einem festgelegten Anteil vom Land erstattet. Im Jahr 2009 hat das Land dafür 650 Mio. € aufgewendet; 2003 waren es noch 480 Mio. €. Die Kosten der privaten Krankenversicherungen – und damit auch der Beihilfe – steigen seit Jahren deutlich schneller, als die der gesetzlichen Krankenversicherungen. Wesentlicher Kostenblock sind Honorare für ärztliche, zahnärztliche und psychotherapeutische Leistungen, die rund 40 Prozent der Gesamtkosten ausmachen.

Grundlage der Berechnung der Honorare sind vom Bundesgesundheitsminister erlassene Gebührenordnungen der privaten Krankenversicherungen. Sie sehen für jede Leistung einen Gebührensatz vor, den der Arzt oder die Zahnärztin je nach Aufwand im Einzelfall mit dem Faktor 1 – 3,5 multiplizieren darf. Bis zu einem Faktor von 2,3 muss dieses nicht begründet werden. Im Jahr 2009 wurde in lediglich 7 Prozent der Abrechnungsfälle für die Beihilfe ein niedrigerer als der 2,3-fache Gebührensatz berechnet. Unser Vorschlag lautet, die Gebührenordnungen so zu ändern, dass ohne Begründung im Einzelfall nur noch der 1,7-fache Gebührensatz abgerechnet werden kann. Bis zu 50 Mio. € lassen sich auf diese Weise jährlich einsparen. Einen entsprechenden Antrag haben wir im November 2010 in den Landtag eingebracht. Von CDU und FDP wurde er jedoch abgelehnt. (Link zu Drucksache 16/3245)

Soll auf Flurbereinigungsmaßnahmen künftig weitgehend verzichtet und das dafür eingesetzte Personal mit anderen Aufgaben betraut werden?

Zum Weiterlesen

Ende 2009 waren landesweit 305 Flurbereinigungsverfahren mit einer Gesamtfläche von rund 390.000 ha anhängig. 24 Verfahren sollen im Zeitraum 2010 – 2014 neu eingeleitet werden. Bei der Mehrzahl auch der neuen Verfahren ist das einzige Ziel, Flächen zusammen zu legen, um sie besser landwirtschaftlich nutzen zu können. Diese Verfahren sind nicht nur teuer, sie schaden auch der Umwelt, weil mit der Zusammenlegung von Flächen Saumstrukturen verschwinden und die Landschaft monotoner wird. Bereits 2005 hat der Landesrechnungshof angemahnt, auf diese Flurbereinigungen zu verzichten. Auch in einem vom Landwirtschaftsministerium bei der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Auftrag gegebenen Gutachten wurde bereits 2005 festgestellt, dass Verfahren mit dem Ziel der Zusammenlegung von Nutzflächen nur geringen privatwirtschaftlichen Nutzen bei hohen Kosten für den Landeshaushalt haben. Bei der für Flurbereinigungen zuständigen Behörde sind derzeit 585 Vollzeitstellen vorhanden. Wir schlagen vor, auf Flurbereinigungsverfahren weitgehend zu verzichten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde GLL etwa mit der Bearbeitung der Förderanträge aus der Landwirtschaft zu betrauen. Diese Aufgabe wird derzeit gegen Kostenerstattung durch das Land von der Landwirtschaftskammer wahrgenommen. Diese Kosten können eingespart werden.

Sollten die Kosten für Sondereinsätze der Polizei von allen Bundesländern gemeinsam getragen werden?

Zum Weiterlesen

Rund 17 Mio. € hat die Landesregierung im laufenden Haushalt für Sondereinsätze der Polizei eingeplant. Ein Sondereinsatz findet in jedem Spätherbst während des alljährlichen Castor-Transports im Wendland statt. Die fehlende Akzeptanz der Atomenergie in Deutschland und damit auch die Proteste im Wendland sind kein niedersächsisches, sondern mindestens ein bundesweites Problem. Ist es da gerecht, Niedersachsen allein die Kosten für die Polizeieinsätze im Wendland aufzubürden oder sollten diese entweder vom Bund oder von allen Bundesländern gemeinsam getragen werden? Für den Landeshaushalt wäre damit eine Einsparung von rund 5 Mio. € möglich.

Weitere Fragen:

Ist es möglich, die Personalkosten trotz Tarifsteigerungen mit Ausnahme der Personalkosten für Lehrerinnen und Lehrer auf dem Niveau des Jahres 2011 einzufrieren?

Halten Sie es für möglich, beim niedersächsischen Verfassungsschutz rund 7 Millionen € einzusparen, indem die Aktivitäten des Verfassungsschutzes etwa auf die Hälfte reduziert werden?

Soll bei den Reisekosten und Tagegeldern für Abgeordnete eingespart werden, indem die Erstattung der Fahrtkosten mit dem PKW und das Sitzungsgeld gestrichen werden?

Sollen die Kosten für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen durch weitgehenden Verzicht auf diese Planungen deutlich reduziert werden?

Sollen die Kosten des Einsatzes der Polizei für kommerzielle Veranstaltungen vom Veranstalter getragen werden?

Soll das Land weiterhin Wirtschaftsförderung aus eigenen Wirtschaftsförderfonds betreiben und dafür rund 52 Mio. € aufwenden?

Sollte das Land durch die Verlagerung seiner gewinnträchtigen Beteiligungsgesellschaft in eine Kommune mit niedrigen Gewerbesteuerhebesätzen selbst Steuern sparen?

Mehreinnahmen

Halten Sie die Erhöhung der Wasserentnahmegebühr insbesondere für das zu Kühlungs Zwecken genutzte Wasser für sinnvoll?

Zum Weiterlesen

Aus der Wasserentnahmegebühr sollen zweckgebunden wasserwirtschaftliche Maßnahmen finanziert werden. Die Grünen schlagen eine Verdreifachung des zu Kühlungs Zwecken von Kraftwerksbetreibern den Flüssen entnommenen Wassers vor. Auf diese Weise werden Anreize gesetzt, die Kraftwerke mit Wassersparttechnologien auszustatten, die beispielsweise beim Kraftwerk Grohnde zu einer Halbierung der entnommenen Wassermengen und damit der entnahmebedingten Umweltbelastungen geführt haben. Auch für Privathaushalte halten wir eine Erhöhung der Wasserentnahmegebühren für vertretbar: Aufgrund des Klimawandels werden sich die Niederschläge stärker auf das Winterhalbjahr konzentrieren. Zudem sind im Sommer vermehrt Starkregenereignisse zu erwarten. Diese Entwicklung erfordert höhere Investitionen in den Hochwasserschutz – allen voran in die Renaturierung von Flussauen. Eine Verdoppelung der Wasserentnahmegebühr für die öffentliche Wasserversorgung würde einen durchschnittlichen Vierpersonenhaushalt mit 15-20 € jährlich belasten. Zweckgebunden für wasserwirtschaftliche Maßnahmen wären Mehreinnahmen von rund 50 Mio. € jährlich zu erwarten.

Halten Sie eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent für möglich?

Zum Weiterlesen

Der Spitzensteuersatz, der ab einem zu versteuernden Einkommen von rund 52.800 € zu zahlen ist, beträgt derzeit 42 Prozent. Er ist damit im Vergleich zu früheren Jahren sehr niedrig. In den 1970er Jahren betrug er noch 56 Prozent; 1998, zum Ende der schwarz-gelben Koalition in Berlin unter Kanzler Helmut Kohl lag der Spitzensteuersatz bei 53 Prozent. Eine Erhöhung auf 45 Prozent würde für das Land Niedersachsen Steuermehreinnahmen von rund 95 Mio. € erbringen.

Sollte die steuerliche Abzugsfähigkeit bei Managergehältern auf 500.000 € begrenzt werden?

Zum Weiterlesen

Gehaltszahlungen sind in den Unternehmensbilanzen Kosten und wirken sich entsprechend gewinnschmälernd und damit gleichzeitig steuermindernd aus. Bisher gilt dieses in voller Höhe auch für exorbitant hohe Managergehälter. Dürften Unternehmen die Gehälter ihrer Manager nur noch bis zu einer Höhe von maximal 500.000 €/ Jahr steuermindernd geltend machen, könnte Niedersachsen höhere Einnahmen aus der Körperschaftssteuer von rund 9 Mio. € erwarten.

Weitere Fragen:

Sollte das Land eine Rohstoffförderabgabe für den Abbau von Sand, Kies, Ton und Torf erheben?

Sollte das Ehegattensplitting im Rahmen der verfassungsmäßigen Vorgaben deutlich reduziert und in eine Individualbesteuerung überführt werden?

Halten Sie eine Erhöhung der Erbschaftssteuer für möglich?

Halten Sie es für geboten, Ausnahmen vom „normalen“ Mehrwertsteuersatz – insbesondere die Begünstigung von Hotelübernachtungen – zu streichen?

Halten Sie die Abschaffung der Pendlerpauschale für möglich?

Ist es möglich und statthaft, durch die Zulassung privater Anbieter von Sportwetten mehr Steuern einzunehmen?

Befürworten Sie zur Stärkung der Einnahmen des Bundes die Einführung einer Börsenumsatzsteuer?

Sollte zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen die Gewerbesteuer durch Einbeziehung von Freiberuflern zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer ausgebaut werden?

Sollte die Grundsteuer mit dem Ziel reformiert werden, große Grundstücke, teure Wohnlagen oder Baulücken künftig stärker zu besteuern ?

Sollte die Steuerverwaltung zur Sicherung eines konsequenten Steuervollzuges in die Zuständigkeit des Bundes übergehen?

Zusätzliche Investitionen

Befürworten Sie zusätzliche Investitionen des Landes für den Ausbau der Betreuung der unter dreijährigen Kinder in Höhe von jährlich rund 20 Mio. € bis 2013?

Zum Weiterlesen

Ab 2103 besteht auch für Kinder unter drei Jahren ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. In Niedersachsen soll deshalb für 35 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe ein Platz in einer Kita oder einer Kindertagespflege zur Verfügung stehen. Wie aus einem im Mai 2011 vorgelegten Gutachten der Universität Köln im Auftrag des Bundesfamilienministeriums hervorgeht, wird Niedersachsen seine Anstrengungen zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in den kommenden beiden Jahren deutlich erhöhen müssen. Beim „Krippengipfel“ haben Bund

und Länder 2007 vereinbart, dass die ausbaubedingten Mehrkosten zu jeweils einem Drittel vom Bund, vom Land und den Trägern (Kommunen) aufgebracht werden. Bisher hat Niedersachsen jedoch kaum eigene Haushaltsmittel bereit gestellt, sondern überproportional die verfügbaren Bundesmittel verbraucht. Um den Verpflichtungen des Landes gerecht zu werden, müssen mindestens 20 Mio. € jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Sprechen Sie sich für die Abschaffung der Studiengebühren aus? Die den Hochschulen dadurch fehlenden Finanzmittel in Höhe von 100 Mio. € werden ihnen aus Landesmitteln zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Zum Weiterlesen

Nur noch in Bayern und Niedersachsen werden auf mittlere Sicht noch Studiengebühren erhoben. In allen anderen Bundesländern sind sie entweder nie eingeführt worden oder ihre Abschaffung wurde längst beschlossen.

In zahlreichen Untersuchungen ist erwiesen, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus weniger begüterten sozialen Verhältnissen von einem Studium abschrecken.

Studiengebühren erweisen sich damit nicht nur als sozial ungerecht, sondern als wesentlicher Hemmschuh bei der Ausbildung der dringend benötigten Fachkräfte. Standortpolitisch erweisen sie sich - angesichts der Entscheidungen anderer Länder die Studiengebühren wieder abzuschaffen - inzwischen auch als Nachteil; Studierende wandern in andere Länder ab und suchen sich dort später auch oftmals ihren Arbeitsplatz.

Sollen Bundesmittel für den Straßenbau zu Gunsten des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs umgeschichtet werden?

Zum Weiterlesen

Der Bund stellt den Ländern nach dem sog. Entflechtungsgesetz Mittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung. Diese Mittel können sowohl zur Förderung des Straßenbaus, wie auch zur Verbesserung des schienengebundenen Verkehrs eingesetzt werden. Zu Realisierung dringend erforderlicher Maßnahmen des regionalen Schienenverkehrs – etwa im Großraum Braunschweig oder in der Region Hannover – schlagen wir vor, 12 Mio. € von der Straße zur Schiene umzuschichten.

Weitere Fragen:

Befürworten Sie die Ausstattung aller Schulen als echte Ganztagschulen in denen Schulmensen vorhanden sind, um allen Schülerinnen und Schülern ein warmes, gesundes Mittagessen anbieten zu können.

Sollen die Wirtschaftsförderfonds des Landes in einen Klimainnovationsfonds umgewandelt werden?

Sollen Bundesmittel für den Straßenbau zu Gunsten des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs umgeschichtet werden?

Halten Sie eine Umschichtung von EU- und Landesmitteln aus dem Topf zur Förderung des ländlichen Raumes weg von Maßnahmen wie dem land- und forstwirtschaftlichen Wegebau und einzelbetrieblicher Förderung hin zur Honorierung von Leistungen des Natur- und Klimaschutzes durch die Landwirtschaft für richtig?